

## Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 5. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 23. Juni 2016

### 1. Abgeordnete

Nico Steinbach,  
Astrid Schmitt,  
Lothar Rommelfanger und  
Ingeborg Sahler-Fesel  
(SPD)

### Störfälle in grenznahen Atomkraftwerken

Vor wenigen Tagen wurde der Atomreaktor Tihange 2 wieder angefahren, trotz einer besorgniserregenden Serie von Störfällen. Die Bevölkerung in den angrenzenden Regionen ist alarmiert über die kritische Sicherheit des Atomreaktors. Auch andere Atomkraftwerke in den Partnerregionen des Landes sind in der jüngsten Zeit durch eine Häufung von Störfällen gekennzeichnet, u. a. gilt dies für grenznahe Atomreaktoren in Frankreich.

Veraltete Atomkraftwerke mit jahrzehntealter Technik werden dort nach wie vor betrieben. In Frankreich wird sogar über eine Laufzeitverlängerung der veralteten Atommeiler nachgedacht. Störfälle treten in jüngster Zeit in allen grenznahen Atomkraftwerken gehäuft auf.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Störfallsituation grenznaher Atomkraftwerke?
2. Befindet sich die Landesregierung in dieser Frage im Dialog mit den Partnerregionen?
3. Wie beurteilen nach Kenntnis der Landesregierung die Nachbarländer die Störfallsituation?
4. Hat die Landesregierung den Partnerregionen Unterstützung angeboten?

### 2. Abgeordnete

Michael Wäschenbach und  
Hedi Thelen (CDU)

### Aktuelle Untersuchungsergebnisse zu Qualität und Kosten der Pflegeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwieweit stehen die aktuell berichteten Untersuchungsergebnisse zur Qualität der Pflegeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz und zu ihren Preisen im Gegensatz zu dem im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Landesgesetzes über Wohnformen und Teilhabe erhobenen Anspruch der Landesregierung, die Qualität in den Einrichtungen des Landes strukturell zu verbessern?
2. Inwieweit bestätigen die aktuellen Untersuchungsergebnisse das Resultat der 2014 vorgelegten Evaluation zur Umsetzung und zu Auswirkungen des Landesgesetzes über Wohnformen und Teilhabe, dass dieses Gesetz konzeptionelle Mängel beinhaltet?
3. Bedeutet die in der Zeitung Die Welt vom 3. Juni 2016 zitierte Aussage von Sozialministerin Bätzing-Lichtenthäler, ein Ländervergleich über die Pflegenoten sei nicht aussagekräftig, dass keine Konsequenzen daraus zur Qualitätssicherung im Rahmen der eigenen Prüf- und Beratungstätigkeit gezogen werden?
4. Inwieweit wird ein Ländervergleich bei der Prüf- und Beratungstätigkeit des Landes berücksichtigt?

**3. Abgeordneter  
Damian Lohr (AfD)**

**Fluglärmproblematik in Rheinland-Pfalz**

Immer mehr Menschen in Rheinland-Pfalz werden durch steigenden Fluglärm belastet. Weiterhin besteht die Gefahr von erhöhter Lärmverlagerung von Hessen nach Rheinland-Pfalz.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche konkreten Einflussmöglichkeiten hat die Landesregierung in Fragen des Lärmschutzes zum Frankfurter Flughafen und zur allgemeinen Luftverkehrspolitik auf die Bundestagsfraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wahrgenommen?
2. Sieht die Landesregierung bei der jeweiligen Flugbewegungsanzahl in Frankfurt eine Obergrenze, bei deren Überschreitung die Landesregierung politisch zu intervenieren gedenkt?
3. Hat die Landesregierung der Fraport bzw. der hessischen Landesregierung Vorschläge für eine noch stärkere Lärmspreizung bei den Lande-/Startgebühren unterbreitet?
4. Hat die Landesregierung sich bei der Debatte über Fluglärmobergrenzen beim Flughafen Frankfurt konkret mit eingebracht? Wenn ja, in welcher Form?

**4. Abgeordneter  
Steven Wink (FDP)**

**Landesgartenschau 2022**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann wird die Entscheidung über den Austragungsort der Landesgartenschau 2022 fallen?
2. Sind die Kriterien zur Vergabe der Landesgartenschau 2022 aus öffentlichen Quellen nachvollziehbar?
3. Wer sitzt in der Kommission, die über die Vergabe entscheidet?

**5. Abgeordneter  
Andreas Hartenfels  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Hochwasser in Rheinland-Pfalz**

Der starke Regen und die Überschwemmungen der vergangenen Wochen haben in verschiedenen Regionen in Rheinland-Pfalz große Schäden angerichtet. Aufgrund des Klimawandels müssen wir solche Extremwetterereignisse in die Hochwasserschutzpolitik einbeziehen. Aus diesem Grund trafen sich circa 100 kommunale Vertreterinnen und Vertreter im Umweltministerium, um sich über die Förderung von Präventionsprogrammen zu informieren.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Gemeinden in Rheinland-Pfalz wurden in den letzten Wochen von Starkregenereignissen heimgesucht und zu welchen Schäden ist es gekommen?
2. Was ist nötig, damit die Folgen solcher Starkregenereignisse in Zukunft abgemildert werden können?
3. Wie unterstützt die Landesregierung die rheinland-pfälzischen Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger bei Präventionsmaßnahmen?
4. Inwieweit hat der Klimawandel Auswirkungen auf extreme Wetterereignisse in Rheinland-Pfalz?

**6. Abgeordnete  
Anke Beilstein (CDU)**

**Kommunalbericht des Landesrechnungshofs**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die laut Rechnungshof erneut gestiegene Gesamtverschuldung der Städte, Gemeinden und Landkreise in Rheinland-Pfalz?
2. Wie will die Landesregierung insbesondere der Belastung aus Liquiditätskrediten im Bereich der kreisfreien Städte entgegenwirken?
3. Wie sieht die Landesregierung die Zukunft des Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz, zu dem der Landesrechnungshof im diesjährigen Kommunalbericht wie auch schon im Kommunalbericht 2015 festgestellt hat, dass dieser keine nennenswerte Wirkung beim Schuldenabbau entfaltet?
4. Wann plant die Landesregierung eine durchgreifende Reform des Kommunalen Finanzausgleichs, um den hochverschuldeten Städten, Gemeinden und Kreisen mehr Mittel zur Verfügung zu stellen?

**7. Abgeordnete****Heiko Sippel,  
Kathrin Anklam-Trapp  
und Jens Guth (SPD)****Rheinland-Pfalz-Tag in Alzey**

Der 33. Rheinland-Pfalz-Tag wurde vom 3. bis 5. Juni 2016 in Alzey gefeiert. Auch in diesem Jahr war das Landesfest wieder Anziehungspunkt für viele tausend Gäste aus Nah und Fern. Es hat sich im Laufe der Jahrzehnte zu einem wichtigen identitätsstiftenden und nicht zuletzt auch informativ-unterhaltsamen Großereignis entwickelt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die Bedeutung des Rheinland-Pfalz-Tages ein?
2. Wie viele Besucherinnen und Besucher kamen in diesem Jahr zum Rheinland-Pfalz-Tag?
3. Wie hoch waren die Kosten und wie wird das Verhältnis zum Nutzen eingeschätzt?
4. Was wurde unternommen, um für einen sicheren Ablauf des Festes zu sorgen?

**8. Abgeordneter****Andreas Hartenfels  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****EEG-Entwurf der Bundesregierung**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen hat der EEG-Entwurf der Bundesregierung auf die Energiewende in Rheinland-Pfalz?
2. Welche Auswirkungen hat der EEG-Entwurf der Bundesregierung auf eine dezentrale Ausgestaltung der Energiewende in Rheinland-Pfalz und die Wertschöpfung vor Ort?
3. Ist der EEG-Entwurf der Bundesregierung – nach Einschätzung der Landesregierung – geeignet, die Klimaziele von Paris zu erreichen?

**9. Abgeordnete****Matthias Lammert und  
Adolf Kessel (CDU)****Einsatz von Streifenbeamten gegen potenzielle Terroristen**

Die Landesregierung hat angekündigt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Streifenbeamte in Rheinland-Pfalz zukünftig auch gegen Terroristen vorgehen können. Im Gegensatz dazu hat das Land Hessen nur einen Teil der Streifenbeamten geschult. Sie sind mit besonders robusten Westen, Helmen und Schutzbrillen ausgestattet und in Interventionsteams eingeteilt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Bis wann will die Landesregierung die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Streifenbeamte in Rheinland-Pfalz zukünftig auch gegen Terroristen vorgehen können?
2. Mit welchen Maßnahmen will die Landesregierung dieses Vorhaben umsetzen?
3. Welche Vor- und Nachteile sieht die Landesregierung gegenüber dem hessischen Konzept?

**10. Abgeordnete****Bettina Brück und  
Astrid Schmitt (SPD)****Fortbildungsveranstaltung „iMedia“**

Die iMedia ist die jährlich stattfindende zentrale Fortbildungsveranstaltung des Pädagogischen Landesinstituts Rheinland-Pfalz für Lehrkräfte aller Schularten zur Schul- und Unterrichtsentwicklung mit Medien. Am 26. April 2016 fand sie unter dem Motto „Medien – wirksame Unterstützung für inklusive Bildung“ in Mainz statt. Dort werden jedes Jahr neue Konzepte und erprobte Praxisbausteine für ein medienintegrierendes Lehren und Lernen vorgestellt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Aussteller-, Workshop- und Teilnehmerzahlen der iMedia im Laufe der letzten Jahre verändert?
2. Welche Rolle übernimmt die iMedia im Rahmen der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften und welchen Stellenwert hat iMedia bei den entsprechenden Angeboten zur digitalen Bildung?
3. Wie bewertet die Landesregierung dieses Fortbildungsangebot?
4. Gibt es nach Kenntnis der Landesregierung in den anderen Bundesländern vergleichbare Veranstaltungen?

**11. Abgeordnete****Jutta Blatzheim-Roegler**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**Kommunaler Widerstand gegen belgische Atomkraftwerke**

Am 14. Juni 2016 haben mehr als 80 Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister unter anderem aus Rheinland-Pfalz in Brüssel gegenüber EU-Parlamentspräsident Martin Schulz ihrer Forderung Nachdruck verliehen, das belgische Kernkraftwerk Tihange abzuschalten. Auch gegen das AKW Cattenom formiert sich weiter starker Widerstand, vor allem aus Rheinland-Pfalz.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die gemeinsame Aktion von über 80 kommunalen Spitzenvertreterinnen und -vertretern, um in Brüssel gegen das AKW Tihange zu protestieren im Hinblick auf die Sicherheit des Landes?
2. Welche Erkenntnisse gibt es über aktuelle Störfälle an grenznahen belgischen Kraftwerken?
3. Welche Notfallpläne bestehen für die betroffenen Kommunen in Rheinland-Pfalz für den Fall von Störungen in den grenznahen AKWs?
4. Unterstützt die Landesregierung Rheinland-Pfalz eine Bundesratsinitiative für die Umsetzung einer europaweit verbindlichen Laufzeitenbegrenzung für AKWs?